

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz ohne Volk?

Der Schriftsteller Max Frisch hat kürzlich im Gespräch mit einem Parlamentarier die These aufgestellt, die Schweiz habe kein Volk mehr, sondern nur noch eine Bevölkerung. Das spitze Wort fiel zwar beiläufig und soll schon darum interpretatorisch nicht überstrapaziert werden. Es berührt sich aber doch mit einer Stimmungslage, die gegenwärtig manchenorts in Diskussionen vorab unter Angehörigen der «Kriegs»- und «Nachkriegsgeneration» mehr oder weniger stark durchschimmert.

Zum erstenmal artikuliert sie sich wohl deutlicher im Zusammenhang mit den verunglückten Innerschweizer Abstimmungen über die Projekte «CH-91» zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Selbst in Kantonen, die bislang nicht unbedingt zu den umweltpolitischen «Frontstaaten» gehört hatten, waren plötzlich ökologische Argumente gerade gut genug, um sehr weitgediehene und vermeintlich gut abgestützte Fest-Konzepte bachab zu schicken. Dann gab der intensive Frühstart zur Abstimmung über die «Abschaffung der Armee» zu reden, der in weiten Teilen der Medien ein Echo von überraschendem Ausmass fand und weiterhin findet. Und schliesslich wurde in den vergangenen Monaten aus dem scheinbar naheliegenden Vorhaben, der Kriegsmobilmachung von 1939 an Veteranentreffen und weiteren Anlässen zu gedenken, unvermutet eine halbe Staatsaffäre, die in einer Monsterdebatte des Nationalrats gipfelte.

In allen drei Fällen ist es — wenn auch in unterschiedlichem Grade — zu Polarisierungen gekommen, die teilweise in Formen der Unfähigkeit zum Dialog auszuarten drohen. Für die einen sind «CH-91» und «Diamant» Ausdruck eines längst antiquierten Patriotismus, für die andern grenzt die massive Kritik am überkommenen Bild der Eidgenossenschaft an staatspolitischen Selbstmord. Für die einen ist die Initiative zur Abschaffung der Armee ein zentraler Angriff auf unseren Staatsgedanken, für andere bildet sie eine Selbstverständlichkeit im Zeitalter von Glasnost und Perestrojka. Dazu kommen Intellektuelle wie Max Frisch, die schon seit Jahrzehnten an diesem Lande leiden, weil sie in ihm eine Gesellschaft am Werke sehen, «die sich vornehmlich durch Wirtschaftswachstum bestimmt, profit-manisch und krank» (der «Grossvater» in Frischs *«Schweiz ohne Armee? Ein Palaver»*).

Die Welt ist in Bewegung wie kaum je zuvor. In Russland ist das wohl grösste Experiment seit der Leninschen Revolution nach dem Ersten Weltkrieg in Gang gekommen. Auch Europa ist im Umbruch. «EG 92» wird den alten Kontinent zwar keineswegs von Grund auf erschüttern. Doch ist die damit verbundene Dynamik der Europäischen Gemeinschaft Ausdruck eines Sinneswandels von ausserordentlichem Tiefgang und langfristiger Tragweite.

Ist es da verwunderlich, dass auch in unserem Lande die herkömmlichen geistigen und politischen Koordinatensysteme etwas ins Flimmern geraten?

Wäre es nicht viel eher bedenklich, wenn dem nicht so wäre? Gerade ein Volk, das sich von jeher als politische Nation verstanden hat und dessen geographische Identität alles andere denn vorgegeben war, ist doch wohl auf immer neue Gärungsprozesse angewiesen.

Kein Zweifel, vieles hat in diesem Lande gerade in den letzten Jahren auseinanderzudriften begonnen. Es gibt nicht nur zwischen den «Kriegsgenerationen» und den Jungen zunehmend Verständigungsschwierigkeiten. Auch das Verhältnis von Politik und Wirtschaft zum Beispiel droht immer mehr zur blossen Koexistenz zu verkommen. Nicht zu reden vom Spannungsverhältnis zwischen industrieller Leistungsgesellschaft und ökologischen Lebensängsten, das nicht mehr allein durch

neue Aussenseiterparteien thematisiert wird, sondern quer durch alle Gesellschaftsschichten und politischen Gruppierungen spürbar ist und auch bewältigt werden muss.

Das alles sind Belastungsproben, auf die sich das Schweizervolk wohl noch nicht genügend eingestellt hat. Doch hat es sich deswegen noch längst nicht zur blossen Bevölkerung zerfasert — es sei denn, man messe es an jenem romantischen Volksbegriff, der das 19. Jahrhundert über Gebühr geprägt und das 20. an den Rand des Abgrunds gebracht hat. Das können aber selbst jene nicht im Sinne haben, die sich vor allem an dem reiben, was sie unter dem längst diffus gewordenen Begriff einer «bürgerlichen Schweiz» zu verstehen, zu erleben und zu er-leiden meinen.

Richard Reich

Revisionsbedürftige Entwicklungshilfe?

Osteuropa befindet sich bekanntlich in einer Phase der dynamisierten Reformpolitik. Das Zauberwort, dem in diesem Kontext eine entscheidende Bedeutung zukommt, heisst *Dezentralisation* — bis hinunter auf die Betriebsebene. Unternehmen wandeln sich von Exekutivorganen gesamtwirtschaftlicher Pläne wieder zu partiell *autonomen Entscheidungseinheiten*. Damit ändern sich auch die Anforderungen an das Management. Ehedem war Planerfüllung das Gütezeichen Nr.1 des betrieblichen Wohlverhaltens. Nunmehr muss das Management der Reformbetriebe die optimale Unternehmensposition in einem wettbewerbs-

orientierten wirtschaftlichen Klima *selbst* finden. Die Antwort auf die Frage, ob es dazu überhaupt fähig ist oder nicht, kann nicht nur auf der Ebene der Entscheidungsstruktur gefunden werden; die Reformpolitik stösst an dieser Stelle zudem auf ein gewaltiges *Ausbildungsproblem*. Die Nachfrage nach westlichem Managerial-Know-how ist deshalb im Zunehmen begriffen. Nicht anders verhält es sich eigentlich auch bei Entwicklungsländern, die sich an marktwirtschaftliche Ordnungsformen herantasten. Die Funktionstüchtigkeit von Marktwirtschaften hängt auch von der «geistigen Infrastruktur» jener ab, die sie zu

managen haben, sei es im Unternehmensbereich oder sei es an verschiedenen Positionen des öffentlichen Sektors (Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Notenbanken usw.).

Die meisten westlichen Industriestaaten sowie auch Japan haben sich im Rahmen ihrer Entwicklungshilfeprogramme dieser Aufgabe längst angenommen. Sie stellen Ausbildungsprogramme in Menge bereit, neuerdings eben auch für sozialistische «Entwicklungsländer», zu denen nicht nur Bulgarien, sondern auch die Sowjetunion gehören. Zwei Rechtfertigungsgründe liegen an der Basis solcher Aktivitäten.

1. Es liegt im Interesse der westlichen Welt, sowohl sozialistische Staaten wie Entwicklungsländer auf ihrem oft mühsamen Pfad in marktwirtschaftliche Ordnungsstrukturen zu unterstützen. Ein Blick in die wirtschaftlichen Zustände der Reformländer lehrt, dass der Umgang mit marktwirtschaftlichen Entscheidungszuständigkeiten keine Selbstverständlichkeit ist; vielmehr braucht es dazu einen erheblichen Ausbildungs-Input, der in den Industriestaaten mit einem ausgedehnten und

vielschichtigen Ausbildungsangebot sichergestellt wird.

2. Länder, die sich dieser Aufgabe unterziehen, tun dies in der Regel nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern nicht zuletzt auch deshalb, weil Ausbildung die Herstellung von *persönlichen Kontakten* beinhaltet, weil die Auszubildenden immer auch ein Wissensvolumen vorgesetzt bekommen, das den Kolorit des Ausbildungslandes trägt. In einer mittel- und längerfristigen Sicht entstehen daraus wirtschaftliche Beziehungen, die einen Feedback erwarten lassen. Es geht im weitesten Sinne auch um Aussenwirtschaftspolitik.

Die Schweiz hätte auf diesem Feld einiges zu bieten. Bisher hat sie es aber grosszügig den USA, der BRD, Frankreich oder Österreich überlassen. Für ein Land mit einer grossen aussenwirtschaftlichen Intensität wäre es gewiss kein Luxus, die Entwicklungshilfepolitik nicht nur auf diesen Aspekt hin zu überdenken, sondern sich auch, eventuell zusammen mit der Privatwirtschaft, zu *konkreten Aktionen* durchzuringen. An Möglichkeiten mangelt es nicht.

Willy Linder

Ein Europa der Kultur?

Zu diesem Titel gehört das Fragezeichen. Während ein Europa zu Zwölf unter dem Impuls der von Jacques Delors geleiteten Europäischen Kommission in Brüssel ein schnelles Tempo anschlägt und schon einen Teil der Hürden genommen hat, ist das politische Zusammenwachsen dieses Europas zu einer nicht nur handels-, sondern handlungsfähigen Einheit nicht

unmittelbar in Sicht. Inzwischen wird immer häufiger vom «dritten Faktor» gesprochen, ohne den kein Europa geträumt oder konzipiert worden wäre: die Kultur.

An Initiativen im Namen und Zeichen der Kultur, um sie zu einer Antriebskraft Europas zu machen, fehlt es nicht. Zwischen dem mehr Staaten umfassenden Europarat und der

EG gibt es Überschneidungen oder einen hoffentlich fördernden Wettbewerb. Kultur ist im verwendeten Sinn mit dem französischen «civilisation» gleichzusetzen, obgleich aus dem Unterschied die Deutschen eine Weltanschauung gemacht haben, während die Franzosen die «civilisation» sakralisierten.

Es betrifft den Bereich der Literatur, des Theaters, des Films, der bildenden Künste, der Musik, auch der Bildungsstätten und -probleme, die Gleichwertigkeit der Diplome, die Zusammenarbeit der Hochschulen, und es betrifft den Konsum von Unterhaltung — darunter ein Sektor, der «Kultur» genannt werden mag — und von Information. Unter diesem Aspekt ist Kultur eine Wirtschaftsmacht ersten Ranges, gehört zur Definition des «nachindustriellen Zeitalters», der Epoche der Kommunikation, der Informatik. In den Römer Verträgen nicht eigens genannt, kann Kultur unter diesen Aspekten durchschlüpfen.

Öffnen wir das Jahrbuch (für 1986/1987) der europäischen Integration, das in Bonn erscheint. Unter vierzehn aufgezählten Bereichen nimmt Kulturpolitik mit sechs Seiten am wenigsten Raum ein ... Im Buch von Jacques Delors über das Europa von 1992 kommt Kultur faktisch nicht vor. Ist sie mithin ein Randbezirk, der nur wegen seiner Beziehung zu ernststen wirtschaftlichen Realitäten in Betracht kommt? Oder ist sie sowohl eine Grundlage wie ein Impuls — und praktisch eine Aufgabe?

Da ist zu bedenken, dass die von der Schweiz glücklich aber auch wesensgemäss «verschlafene» Epoche der europäischen Nationalismen — nicht nur Nationalstaaten, sondern Nationalideologien, Nationalkulturen, jede mit

ihrem Überlegenheits- und Auserwähltheitsglauben — die Geschichte ähnlich deformiert und instrumentalisiert hat wie es später totalitäre Ideologien taten. Damals empfanden Deutsche und Franzosen ihre «Waffengänge» — wie das genannt wurde, als seien Materialschlachten Ritterschlachten — keineswegs als «europäischen Bürgerkrieg», Europäische Gemeinsamkeit war im Horizont der Wenigsten.

Noch heute wird oft die europäische Kultur als ein Zusammenwirken verschiedener einander sich zuwendender Nationalkulturen dargestellt. Denis de Rougemont hat in zahlreichen Schriften nachgewiesen — nicht nur er, doch er mit besonderer Konsequenz —, dass nichts in der Entwicklung von Literatur, Musik, bildenden Künsten in Europa national gewesen ist — nicht die Gothik, nicht der Roman. Und wenn der Impressionismus in Frankreich entstand, der Expressionismus in Deutschland und Skandinavien, so war die Aufnahme nicht national. Richard Wagner hat für die französische Dichtung und Malerei eine Rolle gespielt, der nichts in Deutschland entsprach — nennen wir Mallarmé, Gauguin —, während Deutsche neben Schweizern und Russen zu frühesten Kennern und Sammlern der modernen französischen Malerei gehörten.

Die vorgegebene Gemeinschaft der Kultur war einem relativ kleinen Kreis immer bewusst, während die Nationsideologie auch bedeutende Köpfe verdüsterte und in besonderem Mass von Intellektuellen, namentlich Lehrern, Historikern getragen wurde — es genügt, Treitschke zu nennen. Dass die Nationalismen einander glichen, machte sie einander gegenüber keineswegs duldsamer. Es war ja kein fried-

licher Wettbewerb, sondern eine vorwegnehmende Behauptung des Sieges, ein Anspruch auf Primat.

Ein Abbau dieser Voreingenommenheiten und Ideologien hat stattgefunden. Doch ist die heutige Verbindung von Kultur mit Massenkonsum und Kommerz etwas anderes als das einstige Entstehen neuer Ausdrucksformen. Da geht es um die Interessenlage des nationalen, des europäischen Films in seiner Beziehung zum Fernsehen, zu den Subventionen, zum Schutz vor Überflutung durch die auf diesem Gebiet überlegene amerikanische Unterhaltungsindustrie.

Doch gerade im Rahmen des Filmschaffens ist evident, dass es beispielsweise einen spezifisch schwedischen oder polnischen Film gibt, während wir nicht wissen, was ein gemeineuropäischer Film wäre; zwischen spürbarer und ideologischer Eigenart muss und kann unterschieden werden. Wie im Bereich der Sprache ist hier — ohne Gegensatz zum Vorhergesagten — die Besonderheit unabdingbar. Sogar im Bereich mittelmässiger Fernsehkrimis ist «Eurocop» besonders unbedarft. Kultur ist aber auch in diesem Zwischenbereich kein Eigentum der Zwölf, sondern übergreifend, umfasst in Europa Ost und West. Wer in Brüssel für die Kontingentierung amerikanischer Streifen eintritt, müsste betonen, dass es sich nicht um einen EG-Protektionismus handelt, der die ungarischen oder jugoslawischen oder schwedischen Filme nicht einbezöge; denn politische, wirtschaftliche, strategische Interessen gehören in den konturierten Raum von Staaten, die sich zusammengetan haben. Kultur, wie immer sie definiert wird, reicht über diesen Raum hinaus. Es gibt keine EG-Kultur.

Als in den letzten Jahren des Kriegs die europäische Bewegung entstand — die beiden ersten Zusammenkünfte fanden in der Schweiz statt (Hertenstein, Montreux), die dritte in Den Haag —, da stand Politik und politische Kultur im Mittelpunkt, insbesondere für die aus Verbannungsorten kommenden Italiener wie Altiero Spinelli. Alle Teilnehmer hatten insbesondere das Dokument der Gründer der nordamerikanischen Föderation studiert, die «Federalist Papers».

An «reine» Kultur wurde nicht gedacht. Doch war die Gemeinsamkeit europäischen Geschichtsunterrichts, die Angleichung der Diplome, die Möglichkeit zu Studium in mehreren Ländern und Sprachräumen als eine Konsequenz dieses Zusammenschlusses, als Voraussetzung eines europäischen Horizonts selbstverständlich. Wie anders als durch solche Erfahrungen von Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten werden die Bewohner Europas zu «Europäern»? Auch Gründungen wie das deutsch-französische Jugendwerk entsprachen dieser Perspektive. Was aber die Gründer zusammenbrachte, war die Überzeugung von einer Notwendigkeit; es war die damals als akut wahrgenommene sowjetische Bedrohung, die Komplementarität von Wirtschaft, Verteidigung, Aussenpolitik — das alles war untrennbar verbunden, doch als Ersatz für die politische Gemeinschaft galten andere Dimensionen Europas damals nicht — weder die Wirtschaft, die dann in den Mittelpunkt rückte, noch die Kultur, die das mehr rhetorisch beansprucht.

Da die europäische Föderation nicht zustande kam, sind es heute Sonderaspekte und Einzelprobleme, für welche Lösungen, Kompromisse erstrebt werden. Dennoch ist die eigentliche

umfassende politische Gemeinschaft trotz aller Rückschläge nie als «Horizont» verschwunden. Ein Rückfall in Völkerhass und Hegemoniestreben in Europa können wir uns nicht mehr vorstellen; in dieser Hinsicht mindestens sind wir bereits mehr Europäer, als wir wissen.

Da die Sorge gegenüber der Perspektive eines solchen Rückfalls eine der Begründungen, der Triebkräfte der politischen europäischen Gemeinschaft war, bietet das Ende dieser Sorge nichts Vorwärtstreibendes. Das gleiche gilt

auch für andere in den vierziger Jahren als zwingend erscheinende Gründe der Vereinigung. Wer von deren Notwendigkeit überzeugt ist, muss mit der Analyse neu ansetzen. Solange in weltpolitischer Hinsicht die Mitglieder der EG untereinander — trotz der EPZ — Beziehungen unterhalten, die, ganz wie die Beziehungen zu anderen Staaten, zur Aussenpolitik gehören, entspricht die Kritik am österreichischen Neutralitätsvorbehalt einer Vorwegnahme und nicht der gegenwärtigen «real existierenden» Europäischen Gemeinschaft.

François Bondy



**Number One-
Pralinés.**

**Das Ahh und Ohh
des Genusses.**

PARADEPLATZ, HAUPTBAHNHOF ZÜRICH, SHOP VILLE,
LÖWENPLATZ, STADELHOFERPLATZ, GLATZENTRUM,
SC-SPREITENBACH, AIRPORT-SHOPPING KLOTEN